

Thüringen

Mehr digitale Souveränität

[08.11.2021] Thüringen hat eine gemeinsame Absichtserklärung der Landes-CIOs und des Bunds zur Stärkung der digitalen Souveränität unterzeichnet. Damit soll die Entwicklung alternativer, Open-Source-basierter Lösungen forciert werden, darunter auch ein souveräner Verwaltungsarbeitsplatz.

Mehr digitale Souveränität des Staates: Das ist das Ziel einer gemeinsamen Absichtserklärung der CIOs von bislang acht Bundesländern und des Bundes. Nun hat Thüringen als bisher neuntes Bundesland die Erklärung unterzeichnet, wie das Thüringer Finanzministerium meldete. Landes-CIO Hartmut Schubert erklärte, Thüringen wolle das Thema digitale Souveränität künftig fachlich begleiten. Das konkrete Ziel der geplanten Zusammenarbeit soll der Entwurf eines souveränen Arbeitsplatzes für die öffentliche Verwaltung sein. Damit sollen den Nutzern Basisfunktionen in den Bereichen Produktivität, Kollaboration und Kommunikation bereitgestellt werden. Schubert begrüßte das gemeinsame Vorgehen ausdrücklich. Bund und Länder seien sich einig, dass der souveräne Arbeitsplatz insbesondere Aspekte digitaler Souveränität berücksichtigen sowie Innovationen entsprechend der Bedarfe der öffentlichen Verwaltung befördern soll. Um eine breite Verfügbarkeit zu garantieren, solle die Lösung perspektivisch über die Deutsche Verwaltungswolke bereitgestellt werden. Bereits Anfang 2021 hatten Bund, Länder und Kommunen im IT-Planungsrat die Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität beschlossen. Damit soll die Entwicklung alternativer – insbesondere Open-Source-Software-basierter – IT-Lösungen forciert werden. Im Einklang mit dieser Strategie wurden in Bund und Ländern verschiedene Vorhaben zur Erarbeitung von Alternativen im Bereich Arbeitsplatz auf den Weg gebracht.

(sib)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Digitale Souveränität, Thüringen